



## Verlauf der 2. Besuchsperiode des Passierscheinabkommens (3)

28. Dezember 1964

3. Bericht Nr. 1146/64 über den Verlauf der 2. Besuchsperiode des Passierscheinabkommens

### Quelle

BStU, MfS, ZAIG 837, Bl. 63–67 (12. Expl.); ZAIG 31073, Bl. 202–206 (7. Expl.).

### Serie

Informationen.

### Verteiler

Ulbricht, Honecker, Stoph, Norden Verner, Winzer – MfS: Beater, Schröder, Einsatzstab, Abt. Agitation, Ablage.

### Bemerkungen

Ursprünglich war als Adressat nicht Stoph, sondern Abusch vorgesehen.

### Verweise

Informationen [1130/64](#), [1144/64](#) und [1160/64](#).

Der Besucherverkehr über die KPP an der Staatsgrenze in Berlin verlief in der Zeit vom 24.12. bis 27.12.1964 wie folgt:

[Besuchsverkehr]	24.12.	25.12.	26.12.	27.12.
Aufgrund der ausgegebenen Passierscheine wurden erwartet	29 754	96 568	113 502	99 257
eingereist sind (Durchschnitt im 1. Besuchszeitraum 93,75 %)	24 302 (81,7 %)	84 979 (88 %)	93 079 (82 %)	75 532 (76,1 %)
mit Kfz	1 993	6 963	7 494	5 705

Davon reisten über die einzelnen KPP ein:

[Übergang]	24.12.	25.12.	26.12.	27.12.
Bahnhof Friedrichstraße	13 168	43 098	47 605	42 205
Chausseestraße	2 595	9 119	9 110	7 121
Invalidenstraße	1 967	7 359	9 065	5 566
Oberbaumbrücke	3 032	11 905	12 548	9 610

Sonnenallee	3 540	13 498	14 751	11 030
-------------	-------	--------	--------	--------

Damit reisten in der Zeit vom 24.12. bis 27.12.1964 insgesamt 277 892 Westberliner Bürger mit Passierscheinen in die Hauptstadt der DDR ein.<sup>1</sup> Seit Beginn der zweiten Besuchsperiode haben somit insgesamt 465 173 Westberliner Bürger mit Passierscheinen die Hauptstadt der DDR besucht.

Mit Passierscheinen für dringende Familienangelegenheiten reisten außerdem ein: 34 Personen am 24.12., 25 Personen am 25.12., 23 Personen am 26.12. und 6 Personen am 27.12.1964.

Außer diesen Westberliner Bürgern reisten am

- 24.12.: 8 740 Personen,
- 25.12.: 9 501 Personen,
- 26.12.: 9 384 Personen,
- 27.12.: 7 700 Personen

aus Westdeutschland und anderen nichtsozialistischen Ländern in die Hauptstadt der DDR ein.

Im angegebenen Zeitraum (24.–27.12.) wurden an den KPP in Berlin insgesamt 1 697 ausreisende und 6 226 einreisende DDR-Bürger im Rentenalter abgefertigt.<sup>2</sup>

Für die nächsten Tage ist aufgrund der ausgegebenen Passierscheine mit folgenden Einreisezahlen Westberliner Bürger zu rechnen:

- 28.12.: 72 431,
- 29.12.: 48 435,
- 30.12.: 51 723,
- 31.12.: 96 951.

Die Abfertigung des Besucherstromes verlief an den genannten vier Tagen reibungslos und ohne besondere Vorkommnisse.<sup>3</sup> Zu Wartezeiten bis zu etwa 30 Minuten kam es am 24. und 25.12. jeweils ab 23.00 Uhr, weil die Mehrzahl der eingereisten Westberliner (64 bzw. 57 %) erst zu diesem Zeitpunkt ausreiste.

Vom 25. bis 27.12. waren die KPP je nach Andrang vor der festgesetzten Zeit geöffnet worden. In Einzelfällen traten unmittelbar nach Öffnung der KPP infolge starker Konzentration der Einreise vorübergehend Wartezeiten auf.

Vom Verhalten der auf Westberliner Seite an den KPP eingesetzten Westkräfte sind bis auf zwei Einzelfälle keine besonderen Vorkommnisse<sup>4</sup> bekannt geworden. Am 24.12. wurde am KPP Chausseestraße eine weibliche Person, die auf Westberliner Seite lautstark gegen die DDR hetzte, von Westberliner Polizeikräften weggebracht. Am KPP Invalidenstraße verhielten sich am 25.12., 1.30 Uhr, drei Westberliner Polizeiangehörige provokatorisch. Diese drei Polizeiangehörigen – einer von ihnen hatte die Staatsgrenze überschritten – bedrohten die Grenzsicherungskräfte der DDR mit der Schusswaffe.<sup>5</sup> Die Westberliner Polizisten befanden sich offensichtlich im angetrunkenen Zustand, zumal kurz vorher die Ausgabe von Spirituosen beobachtet wurde.

Bürgermeister Albertz<sup>6</sup> hatte sich am 24.12. von 21.20 Uhr bis 21.30 Uhr am KPP Sonnenallee (etwa 50 m vom KPP entfernt) aufgehalten und sich mit den dort eingesetzten Westkräften unterhalten.

An den KPP Oberbaumbrücke, Sonnenallee und Chausseestraße traten wieder das Westfernsehen und Bildreporter in Erscheinung und filmten die Ein- bzw. Ausreise der Westberliner. Amerikanische Bildreporter versuchten am 26.12. am KPP Chausseestraße innerhalb des DDR-Kontrollbereiches zu filmen, wurden jedoch von den DDR-Sicherungskräften zurückgewiesen.

Die eingereisten Westberliner Bürger führten an Geschenken vornehmlich wieder Genussmittel, Südfrüchte, Nylonerzeugnisse und teilweise Spirituosen mit. Bei der Ausreise wurden insbesondere Klein-Textilien, Spielzeug und kunstgewerbliche Gegenstände mitgeführt.

An den genannten vier Tagen erfolgten bei der Ein- und Ausreise insgesamt 70 Beschlagnahmen. In einem Fall wurden bei der Einreise 1 080 MDN und 197 DM/West eingezogen. Außerdem wurden insgesamt 2 017 Zurückweisungen vor allem bei der Ausreise (u. a. Textilien und Porzellan) und 3 298 formlose Einziehungen bei der Einreise (überwiegend Zeitungen und Kalender) vorgenommen. Im verstärkten Umfange war versucht worden, vor allem westliche Tageszeitungen in die Hauptstadt der DDR einzuführen. Am 24.12. war außerdem eine Zunahme der Fälle festzustellen, wo Westberliner Bürger versuchten, den an den KPP eingesetzten DDR-Kräften kleinere Geschenke zu überreichen, was jedoch in allen Fällen abgelehnt wurde.

In der Zeit vom 24. bis 27.12. wurden 34 Westberliner Bürger, die in die Bezirke Potsdam und Frankfurt/O. einzureisen versuchten, zurückgewiesen.

Wie schon an den Vortagen wurden wieder negative Diskussionen unter den im Grenzgebiet der Hauptstadt der DDR wohnenden Bürgern bekannt. Teilweise wurde gefordert, zumindest mehr Möglichkeiten zum Empfang der Westberliner Gäste zu schaffen, wobei u. a. auf das Kasino im Walter-Ulbricht-Stadion hingewiesen wurde. Von Bürgern der Heinrich-Heine-Straße sei in einem Vorschlag an den Staatsrat empfohlen worden, fünf Wohnblöcke der Heinrich-Heine-Straße aus dem Sperrgebiet herauszulösen.

*Geldumtausch*

In den Tagen vom 24.12. bis 27.12.1964 zeigte die Durchführung des obligatorischen Mindestumtausches <sup>7</sup> folgende Entwicklung:

[Tag]	Zahl der Umtauschenden	% der Tageseinreise	Umtauschsumme
24.12.1964	16 815	69,2 %	50 452
25.12.1964	57 222	67,4 %	171 677
26.12.1964	63 940	68,7 %	191 821
27.12.1964	52 354	69,3 %	157 159

Damit haben seit Beginn der zweiten Besuchsperiode insgesamt 327 787 Westberliner Bürger (70,5 % der eingereisten Personen) 983 507 DM/West im Mindestumtausch getauscht.

Außerdem tauschten eine Anzahl Westberliner Besucher Geld im zusätzlichen Umtausch, dessen Gesamtbetrag sich seit dem 19.12.1964 auf 56 214 DM/West beläuft.

Die Durchführung des Mindestumtausches ging im Besuchszeitraum reibungslos und ohne wesentliche Vorkommnisse vonstatten. Der überwiegende Teil der Westberliner Besucher nahm unaufgefordert den Umtausch vor. Es kann eingeschätzt werden, dass der gesetzlich festgelegte Mindestumtausch in immer stärkerem Umfang als eine Selbstverständlichkeit betrachtet wird. Von vielen Westberlinern, vor allem älteren Personen, wird die höfliche und schnelle Abfertigung beim Umtausch anerkennend hervorgehoben. Nur ein geringer Teil der Einreisenden versuchte, den Umtausch zu umgehen bzw. abzulehnen. Nach Hinweis auf die gesetzlichen Bestimmungen ist aber in jedem Fall der Mindestumtausch vorgenommen worden. In diesem Zusammenhang kam es in Einzelfällen zu negativen Äußerungen, wobei u. a. damit argumentiert wurde, dass der Mindestumtausch eine Verletzung des Passierscheinabkommens bedeute und Zwang sei. Einige provokatorische Äußerungen hatten solche Bemerkungen wie Wegelagererzoll, Spaltergeld usw. zum Inhalt. Es konnte festgestellt werden, dass derartige negative Diskussionen vor allem von Jugendlichen und verschiedentlich von Geschäftsleuten geführt wurden.

In einigen Fällen legten einreisende Westberliner fertig abgepackte Beutel mit 3,00 DM/West beim Mindestumtausch vor. Auf Befragen gaben sie an, diese Beutel beim Westberliner Senat empfangen zu haben. Vermutlich handelt es sich dabei um Gelder, die der Westberliner Senat an minderbemittelte Personen ausgibt, um ihnen den Mindestumtausch zu ermöglichen.

1

Zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Westberlin wurde erstmals am 17.12.1963 eine Vereinbarung über die Ausgabe von Passierscheinen für Bürgerinnen und Bürger mit dem ständigen Wohnsitz in Westberlin für den Besuch des Ostsektors der Stadt für den Zeitraum vom 19.12.1963 bis zum 5.1.1964 getroffen. Das 2. Passierscheinabkommen wurde nach mehrmonatigen Verhandlungen am 24.9.1964 unterzeichnet und vereinbarte Besuche für zwei Wochenenden Ende Oktober/Anfang November sowie über Weihnachten und Neujahr 1964/65. Allerdings erlaubte das Passierscheinabkommen ihnen zwar den Besuch im Osten, den Ostberlinerinnen und Ostberlinern blieb der Weg nach Westen aber auch weiterhin versperrt. Vgl. Alisch, Steffen: Berlin ↔ Berlin. Die Verhandlungen zwischen Beauftragten des Berliner Senats und Vertretern der DDR-Regierung zu Reise- und humanitären Fragen 1961–1972. Berlin 2000 (Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat; 31/2000); Huhn, Eckart: Die Passierscheinvereinbarungen des Berliner Senats mit der Regierung der DDR 1963 bis 1966. Deutsch-Deutsche Verhandlungen zur Überwindung der politischen Sprachlosigkeit und der Milderung menschlicher Härten als Folge des Mauerbaus. Ludwigsfelde 2011; Kunze, Gerhard: Grenzerfahrungen. Kontakte und Verhandlungen zwischen dem Land Berlin und der DDR 1949–1989. Berlin 1999 (Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin).

2

Vgl. den Beschluss des DDR-Ministerrates über die privaten Besuchsreisen von Bürgern der DDR im Rentenalter nach Westdeutschland und Westberlin v. 8.9.1964; BArch DC 20-I/4/1015; Mitteilung über einen Beschluß der Regierung der DDR. In: ND v. 10.9.1964, <http://zefys.staatsbibliothek-berlin.de/ddr-presse/ergebnisanzeige/?purl=SNP2532889X-19640910-0-1-10-0> (26.1.2017); vgl. Dokumente zur Deutschlandpolitik, IV. Reihe. Bd. 10, Frankfurt/M. 1980, S. 963; vgl. auch Information 11/65.

3

»vier Tagen reibungslos und ohne besondere Vorkommnisse« ist im 7. Exemplar unterstrichen.

4

»Westberliner Seite an den KPP eingesetzten Westkräfte sind bis auf zwei Einzelfälle keine besonderen Vorkommisse« ist im 7. Exemplar unterstrichen.

5

»mit der Schusswaffe« ist in beiden überlieferten Exemplaren durchgestrichen.

6

Heinrich Albertz, Jg. 1915, SPD-Politiker, Pfarrer, als Mitglied der Bekennenden Kirche bis 1945 mehrfach verhaftet, 1963–66 Bürgermeister (Stellv. des Regierenden Bürgermeisters) von Westberlin, 1966–67 Regierender Bürgermeister von Westberlin, trat nach dem Mord an Benno Ohnesorg 1967 von seinem Amt zurück.

7

Der verbindliche Mindestumtausch für Besucher der DDR wurde zum 1.12.1964 eingeführt. Durch ihn waren Besucher aus der Bundesrepublik verpflichtet, 5,00 DM in 5,00 MDN und Westberliner 3,00 DM in 3,00 MDN umzutauschen. Rentner und Minderjährige waren hiervon ausgenommen. Der umgetauschte Betrag durfte nicht zurückgetauscht oder wieder ausgeführt werden.